



EU- Kanada Abkommen **Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)** **Sozialdemokratische Positionen - September 2014**

Seit 2009 verhandeln die EU und Kanada über ein umfassendes Handelsabkommen, bekannt als Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA). Nach einem von der Europäischen Kommission Ende 2013 verkündeten Durchbruch bei den Verhandlungen scheinen diese nun, über ein halbes Jahr später, tatsächlich abgeschlossen. Am 25. September 2014 soll der formelle Abschluss der Verhandlungen durch die Paraphierung des Vertragstextes erfolgen. Wichtig ist, dass die Paraphierung lediglich eine vorläufige Fixierung des Vertragstextes darstellt, der eigentliche Ratifizierungsprozess aber erst nach diesem Schritt beginnt. In Kraft treten kann das Abkommen letztendlich nur mit der Zustimmung des Europäischen Parlaments.

CETA gilt als eines der modernsten Handelsabkommen (auch zweite Generation von Handelsabkommen genannt), das je von der EU verhandelt wurde. Es kann als Anhaltspunkt für zukünftige von der Europäischen Kommission verhandelte Abkommen dienen.

Wichtige Aspekte des Abkommens

CETA soll neben tarifären Handelshemmnissen wie Zöllen auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse senken oder abschaffen und Kooperationen bei Standardsetzung entwickeln. Durch die Abschaffung von Handelshemmnissen erhoffen sich beide Vertragspartner ein gesteigertes Wirtschaftswachstum und einen Zuwachs an Arbeitsplätzen.

Güter

Geplant ist eine Abschaffung beinahe aller Zolltarifpositionen (99%) mit Übergangsregelungen von 3, 5 oder 7 Jahren für einige sensible Bereiche, wie z.B. Autos, Eier, Hühner-, Rind- und Schweinefleisch. Gerade im Agrarbereich hat die EU klare offensive Interessen, wie den Ausbau des Marktes für Milchprodukte, Wein und

Spirituosen. Für diese Warengruppen sind Mischsysteme von Zollreduzierungen und Quotenbegrenzungen vorgesehen.

CETA berücksichtigt auch Verbraucherschutzaspekte. Ein Beispiel ist die Quote zum Import von „hochwertigem“ kanadischem Rindfleisch. Dieses darf zwar in höherem Volumen als bisher zollfrei in die EU eingeführt werden, muss aber entsprechend einer 2011 ausgehandelten Vereinbarung frei von Wachstumshormonen sein. Auf kanadischer Seite werden Verbraucher ebenfalls von dem Abkommen profitieren. So werden kanadische Rindfleischproduzenten eine hormonfreie Produktreihe aufbauen, deren Waren auch in Kanada vertrieben werden.

Generell muss gelten, dass grundlegende Verbraucherstandards durch CETA nicht gesenkt werden. Damit dies garantiert ist, muss in der Analyse des Abkommens ebenso bewertet werden, wie die Frage, ob die gefundenen Kompromisse (Zollreduzierung und Quotenregelungen) der europäischen Industrie entgegenkommen.

Dienstleistungen

Ein wirtschaftlich bedeutsamer Aspekt von CETA ist der durch das Abkommen erhoffte verbesserte Marktzugang für europäische Dienstleistungsunternehmen. Ungefähr die Hälfte der potentiellen CETA-Gewinne auf EU-Seite soll sich alleine durch die Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs ergeben. Telekommunikations-, Energie-, Ingenieur- und Finanzdienstleister könnten von einem guten Abkommen profitieren. Für EU-Dienstleister sind neue Möglichkeiten im Seeverkehrsbereich und beim Lufttransport erreicht worden. Ebenfalls wurden Schritte zu Vereinfachung der Anerkennung von Berufsqualifikationen vereinbart.

Nachdem die EU bisher stets auf einen Positivlistenansatz setzte (nur die genau beschriebenen Dienstleistungen fallen unter die Freizügigkeit), verfolgt sie in CETA einen Negativlistenansatz (im Prinzip soll der Dienstleistungszugang frei sein, nur die Ausnahmen werden definiert). Dieser neue Ansatz wird nach Abschluss der Verhandlungen kritisch von den Europaparlamentariern analysiert werden. In diesem Zusammenhang muss insbesondere sichergestellt werden, dass der Negativlistenansatz nicht zu weit gefasst ist und ein ungewollter Liberalisierungsdruck auf einzelne Sektoren vermieden wird. Vor allem die breiten horizontalen Ausnahmen für Daseinsvorsorge und öffentliche Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Bildung, und Gesundheit, auf die sich die EU und Kanada verständigt haben, müssen so umgesetzt werden, dass keinerlei Zweifel an deren Schutz besteht. Hinzu kommt eine kritische Aufarbeitung von Verabredungen, die einer Rekommunalisierung von Dienstleistungen entgegenstehen könnten (ratchet/stand still clause). Unumstritten muss auch sein, dass temporäre Entsendungen von Arbeitnehmer_innen nur im Rahmen des europäischen Arbeitsrechtes möglich sind.

Besonders zu überprüfen ist der Bereich der Finanzdienstleistungen. Die Liberalisierung von Finanzprodukten der europäischen Finanzmarktregulierung entspricht.

Öffentliche Beschaffung

Die Öffnung des kanadischen öffentlichen Beschaffungsmarktes stellt einen wichtigen Erfolg für die EU dar. Gerade der Beschaffungsmarkt in den kanadischen Provinzen war bisher für europäische Anbieter nahezu geschlossen. Im besten Fall

könnte dieser wichtige Schritt Modellcharakter für zukünftige Handelsabkommen mit Drittstaaten haben. Allerdings fehlt in diesem Zusammenhang die klare Aussage zu Nachhaltigkeitsstandards, die in den neuen EU-Richtlinien zur öffentlichen Beschaffung kürzlich beschlossen wurden.

Investitionen

Europäischen Unternehmen soll es dank CETA erleichtert werden, Investitionen in Kanada zu tätigen. Des Weiteren zielt das Abkommen darauf ab, eine stärkere Gleichstellung von europäischen und kanadischen Investoren zu erreichen. Diese positiven Aspekte des Investitionskapitels werden allerdings durch den größten Kritikpunkt am CETA-Abkommen, nämlich der Frage, ob das Investitionsschutzkapitel am Ende einen Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS) vorsieht, überschattet. Wir Sozialdemokraten sind überzeugt, dass ein solcher Mechanismus der außergerichtlichen Schiedsbarkeit mit Kanada nicht von Nöten ist, da es sich sowohl bei der EU als auch Kanada um Staaten mit zuverlässigen und entwickelten Rechtssystemen handelt.

ISDS ermöglicht es Investoren, die EU oder ihre Mitgliedstaaten jenseits vom normalen juristischen Verfahren vor internationalen Schiedsgerichten direkt auf Entschädigung für entgangene Gewinne oder Enteignung zu verklagen. So könnten private Investoren gegen von souveränen Staaten erlassene Gesetzgebung auch in den wichtigen Bereichen Gesundheit, Umwelt oder Verbraucherschutz vorgehen. Bereits 2011 hat das Europäische Parlament in einer Resolution die Europäische Kommission dazu aufgerufen, sicherzustellen, dass ISDS keine Gefährdung für die zukünftige europäische Gesetzgebung darstellt. Vielmehr stellte das Europäische Parlament in seiner Resolution klar, dass es Staat-zu-Staat-Streitbeilegungsmechanismen und lokale Rechtsmittel für die geeigneten Instrumente hält, um Investitionsstreitigkeiten beizulegen.

Auch das von der Europäischen Kommission in CETA verhandelte, leicht überarbeitete ISDS-System (bessere Definitionen, Teiltransparenz, mögliche Revisionsbestimmungen, Stärkung der Rechte von Staaten in Krisensituationen) enthält noch zu viele Unklarheiten und Unsicherheiten in seinen Formulierungen. Wir Sozialdemokraten fordern daher, dass CETA erst nach einer Herausnahme der ISDS-Klauseln paraphiert werden sollte.

Zudem ist es für uns nicht hinnehmbar, dass die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation zu ISDS in TTIP (EU-USA Verhandlungen) durchführt, deren Ergebnisse jedoch nicht in anderen ähnlichen Abkommen, die ISDS enthalten, berücksichtigt.

ISDS darf unter keinen Umständen ein Einfallstor für ungerechtfertigte Klagen darstellen und hat in einem Abkommen zwischen zwei OECD-Staaten keine Existenzberechtigung. Die Europäische Kommission sollte die Ratifizierung des CETA-Abkommens deswegen nicht unnötig gefährden und sollte dafür Sorge tragen, dass ISDS im endgültigen CETA-Text keinen Einzug erhält.

Regulierungsvorschriften

Durch CETA sollen der Informationsaustausch zwischen europäischen und kanadischen Normungsgremien gestärkt werden. Ein gesondertes Protokoll zielt zudem auf eine Verbesserung der gegenseitigen Anerkennung von

Konformitätsbewertungen ab. Auch eine Anerkennung von EU-Normen für PKW seitens Kanada ist im Gespräch, welche die Ausfuhr von Autos nach Kanada erleichtern würden.

Nachhaltigkeitskapitel

Das Nachhaltigkeitskapitel, welches Aspekte wie Arbeitnehmerrechte und Umweltstandards behandelt, wird von uns Sozialdemokraten nach einer ersten Analyse des Kapitels als sehr ambivalent empfunden. Einerseits sind die sehr umfassenden inhaltlichen Bestimmungen zu begrüßen. Andererseits sind die Umsetzungsmöglichkeiten kritisch zu sehen. Fehlende Sanktionsmechanismen bei Vertragsverletzungen hinterlassen ernsthafte Bedenken bezüglich der bindenden Wirkung dieses Kapitels. Ebenfalls zu bemängeln ist, dass noch keine hinreichende, strukturierte Beteiligung der Sozialpartner und Nichtregierungsorganisationen gegeben ist.

Zudem muss sichergestellt werden, dass das von der EU parallel zum Handelsabkommen mit Kanada verhandelte strategische Partnerschaftsabkommen eine bindende Menschenrechtsklausel enthält. Sollte diese Klausel verletzt werden, muss garantiert sein, dass auch die durch das Handelsabkommen geschaffenen Präferenzen suspendiert werden.

Schutz geistigen Eigentums

Die EU hat in CETA einen verbesserten Schutz geographischer Herkunftsbezeichnungen (Geographical Indications - GI) durch die beidseitige Anerkennung einer umfangreichen GI-Liste erreicht. Erstmals gesteht Kanada einem Drittstaat ein derartig umfassendes Schutzniveau zu; Tiroler Speck darf nur aus Tirol und Feta nur aus Griechenland kommen.

Der Patentschutz für Pharmazeutika, ein weiteres offensives Interesse der EU, wird im Abkommen reflektiert. Pharmazeutische Produkte bilden einen Hauptbestandteil des gegenseitigen Handels. Die Regelungen in CETA sind nun an den Patentschutz in der Europäischen Union angelehnt. Auch wurde die von der S&D geforderte TRIPS-Flexibilität beibehalten, die es Vertragspartner erlaubt, Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit zu treffen. CETA darf die Herstellung von Generika in Kanada nicht behindern, da diese für viele Länder dieser Erde wesentlich für ein finanzierbares Gesundheitssystem sind. Dies muss hinsichtlich der Umsetzung des Abkommens klargestellt werden.

Entwarnung kann bezüglich CETA-Textpassagen gegeben werden, die dem umstrittenen ACTA-Abkommen entweder im Wortlaut sehr ähnelten oder sogar wortgleich waren. Diese bereits während den Verhandlungen von der S&D stark kritisierten Passagen aus frühen Textentwürfen tauchen im zu paraphierenden Text nicht mehr auf.

Visa

In Kanada gilt für tschechische, bulgarische und rumänische Bürger_innen Visazwang. Dieser muss abgeschafft werden, da EU-Bürger_innen ohne Unterschied zu behandeln sind.

SPD Position

Der SPD-Europaabgeordnete und Vorsitzende des Handelsausschusses im Europäischen Parlament **Bernd Lange** erklärt zu CETA: "Das Abkommen zwischen der EU und Kanada könnte einen positiven Beitrag zum nachhaltigen Wachstum und Beschäftigung in Europa leisten. Es kommt allerdings auf den Inhalt an. Wir Sozialdemokraten haben klar gemacht, dass wir Investor-Staats-Schiedsstellen zwischen zwei Staaten mit entwickelten Rechtssystemen nicht für notwendig halten und haben das unter anderem in einem Brief an Kommissar De Gucht deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Kommission sollte CETA durch diese unnötigen Klauseln nicht gefährden. ISDS muss aus diesem Vertrag heraus."

Zu den nächsten Verfahrensschritten führt **Bernd Lange** aus: "Es liegt jetzt am Europäischen Parlament, CETA auf Herz und Nieren zu prüfen, um sicherzugehen, dass dieses Abkommen im Interesse der Menschen ist. Wir werden unserer Verantwortung als demokratisches Gewissen der EU-Handelspolitik gerecht werden und das mit Bedacht tun. Entscheidend ist, dass am Ende das Europäische Parlament das letzte Wort hat. Ohne die Zustimmung der demokratisch gewählten Vertreter Europas wird CETA nicht in Kraft treten. Wir wollen einen breiten Dialog mit der Zivilgesellschaft führen. Dazu muss der CETA-Text unverzüglich veröffentlicht werden."

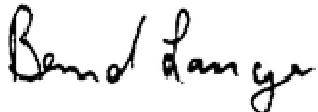
Nächste Schritte

- **Paraphierung:** voraussichtlich zum EU-Kanada Gipfel am 26. September 2014.
- **Übersetzung des Vertragstextes in alle EU Sprachen:** Dieser Vorgang nimmt ungefähr sechs Monate in Anspruch. Nach der Übersetzung kommt es zur **Übermittlung des Textes an das Europäische Parlament und den Ministerrat.**
- **Unterzeichnung und Abschluss des Abkommens:** voraussichtlich im 2./3. Quartal 2015. Die Unterzeichnung des Abkommens, gewöhnlich durch den EU-Handelskommissar, findet auf Grundlage eines Ministerratsentschlusses statt. Nach der Unterzeichnung übermittelt der Rat den Text voraussichtlich im 3./4. Quartal 2015 offiziell an das Europäische Parlament. Daraufhin wird das **Abkommen im Ausschuss für internationalen Handel analysiert.** Anschließend **entscheidet das Plenum über dessen Annahme oder Ablehnung.**
- **Vorläufige Anwendung des Abkommens:** Diese ist nach Zustimmung des Europäischen Parlamentes und der Unterzeichnung durch den Ministerrat möglich, vorausgesetzt der Vertragspartner fasst denselben Beschluss.
- **Entscheidung über die Natur des Abkommens (reines Handelsabkommen/gemischtes Abkommen):** Diese wird auf Grundlage einer Analyse des endgültigen Vertragstextes von Seiten des Ministerrates getroffen. Sollte es sich bei CETA um ein gemischtes Abkommen handeln,

müssen die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten das Abkommen in einem nächsten Schritt ratifizieren.

- **Endgültige Entscheidung zum Abschluss des Abkommens:** Diese trifft der Ministerrat nach der Ratifizierung durch das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten. Abschließend wird der Text des Abkommens im offiziellen Amtsblatt der EU veröffentlicht.

Brüssel, 03. September 2014

Handwritten signature of Bernd Lange in black ink.

Zum Autor: Bernd Lange ist Vorsitzender des Handelsausschusses im Europäischen Parlament. Mehr Informationen unter www.bernd-lange.de.